

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 2500.—
in den Ausgaben 2600.—
durch Zeitungsredaktionen 2700.—
am Postamt 3000.—
ins Ausland 4500 poln. M. in
deutlicher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:
2273, 3110.

Tel.-Nr.: Tagblatt Polen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auspfernung hat der Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen
Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 100.— M.
Reklameteil. 300.— M.

für Aufträge Millimeterzeile im Anzeigenteil 100.— p. M.
aus Deutschland Reklameteil 300.— p. M.

in deutscher Währung nach Kurs.

Frieden oder Krieg?

Eine unheimliche Bedrohung liegt seit dem Einmarsch der Franzosen im Ruhrgebiet und dem fast gleichzeitigen Eindringen der Litauer ins Memelland über Mitteleuropa und auch über Polen. Man fühlt es intuitiv, daß dieser Schritt, besonders weil er auf deutscher Seite auf die entschiedenste Ablehnung stieß, zu ganz ungeahnten Folgen führen kann. Ist doch Poincaré schon seit längerer Zeit bemüht, engere Bande mit den neu geschaffenen Staaten Mittel- und Osteuropas zu knüpfen und diese so fest an Frankreich zu fesseln, daß sie zu blinden Werkzeugen seiner Politik würden. Gleich nach dem Bruch der Ententeagemeinschaft rückte er Telearannte nach Warschau, Prag, Belgrad und Balkan mit einer Mahnung, nunmehr nach dem Aufhören des englisch-französischen Zusammenspiels für Frankreich zu optieren und dessen Politik tatkräftig zu unterstützen. Zuerst sagte Belgrad ab, das gegen einen erwarteten italienischen Angriff rüstet und sein ganzes Auftreten auf die Adriaküste richtet. Nunmehr kommt schon wegen seiner entfernten Lage nicht in Betracht. In Prag stellte man als Entgelt für ein von Poincaré gewünschtes, etwas Unternehmungen gegen Sachsen eine Forderung, von der man wußte, daß sie nicht erfüllbar war, nämlich eine gehörige Anteile zu Kriegszwecken. Bei der gegenwärtigen schlechten Finanzlage Frankreichs war damit natürlich von vornherein nicht zu rechnen. So trog auch diese Hoffnung den bewegsamen Advokaten an der Seine.

Ebenso hat er bei der gegenwärtigen Regierung Polens nicht die geringste Gegenliebe gefunden. Der Ministerpräsident General Sikorski erklärte einem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur, daß alle Nachrichten nicht nur über ein tätiges Eingreifen Polens, sondern auch über eine besondere Sicherung der polnischen Grenzen jeder Grundlage entbehren. Er wies zugleich darauf hin, daß diese alarmierenden Nachrichten aus einer der Regierung feindlichen, ihm aber wohlbelauerten Quelle hervorgegangen sind. Die jetzige innere Lage Polens aber und seine guten Beziehungen zu den Nachbarn geben keinen Anlaß, die Möglichkeit eines dauerhaften Friedenszustandes in Frage zu stellen.

Die ganzen verworrenen, phantastischen Gerüchte, die die Bevölkerung in Aufregung versetzen, die ganze Alarmstimmung und die "Tatarendnachrichten" sind natürlich abschärflich vom Lauf der Rechten aus erzeugt worden. Der Wunsch ist hier der Baer des Gedankens. Man möchte gar zu gern eine chaotische Verwirrung, um dann im Trüben zu suchen und eine sogenannte "Regierung der nationalen Einheit" zur Beschwörung der angeblich drohenden Gefahr bilden. Auf diesem Wege würde man der Rechten, die ihrer Meinung nach allein imstande wäre, das herannahende Unheil zu beschwören, die Herrschaft in die Hand spielen. Wenn die Rechte sie die Hand befände, so würde sie sicherlich Opposizioni überlassen und gegen Danzig vorgehen. Das sind keine aus der Lust geprägten Verdächtigungen. Nein, tatsächlich hat in der letzten Sitzung des Sejmabschusses für auswärtige Angelegenheiten ein Führer der Rechten, der Chefredakteur der "Rzeczpospolita", Herr Stronati, den Antrag gestellt, Polen solle in derselben Weise wie Litauen gegen das Memelgebiet, seinerseits gegen Danzig vorgehen. In solcher Weise gedenken also die Leute von der Rechten den Beitrag von Versailles zu zerreißen.

Die außerordentlich franzosenfreundliche Haltung der Blätter der Rechten ist ja bekannt. Ging doch ein Posener Blatt so weit, die Besetzung Berlins und völlige Vernichtung Deutschlands als Lösung des Tages und vom Interesse Frankreichs gefordert hinzustellen. Soweit ging allerdings nur ein einzelnes, ziemlich unbedeutendes Blatt. Sonst aber machen sich jedenfalls die Blätter der Rechten die französische Haltung ganz und gar zu eigen, und auch die Linken finden nur ab und zu ein Wort der Kritik an Herrn Poincaré's Kriegs- und Siegestaumel. In Paris weiß gegenwärtig Koranty, der mit dem Präsidenten der französischen Republik Millerand, mit Poincaré sowie mit Marschall Foch eingehende Besprechungen hatte. Dass Koranty etwa irgend einen Auftrag der polnischen Regierung mit sich führte, kann wohl als ausgegeschlossen gelten. Vielmehr sucht sich der "große Patriot" wieder einmal in der großen Politik bemerkbar zu machen, nachdem er im vorigen Sommer als Ministerpräsident so sang- und klänglos erledigt wurde. An Zusammenarbeit mit den Franzosen ist er ja von seiner Tätigkeit in Oberösterreich her gewöhnt, und als Vorsitzender im Aufsichtsrat der polnisch-französischen Gesellschaft, die die früher preußisch-fürstlichen Gruben verwaltet. Nach den vorliegenden Meldungen, die das "Pos. Tageblatt" gestern wiedergab, haben die Oberhäupter Frankreichs den Wunsch geäußert, Koranty möge seinen Einfluss auf die Erfüllung des polnisch-französischen Vertrages gelten machen, der Polen zum Eingreifen bei Richterfüllung des Friedensvertrages oder ausbrechenden Aufständen in Deutschland verpflichtet. Es scheint also, als ob man in Paris von dem Einfluß des Herrn Koranty sehr viel hält.

Natürlich wird Herr Koranty auch eine gehörige Summe von Agitationsgeldern mitbringen, und wir werden es weiterhin erleben, daß die Rechte in Berlinen, Volksversammlungen und in der Presse eine den Frieden als gefährdet hinstellende und ihn dadurch gerade gefährdende Agitation für ein Eingreifen Polens unternehmen wird. In dieser Weise versteht die Rechte das Wohl des polnischen Staates. Dass der Ministerpräsident, der wirklich als Sachverständiger

für militärische Fragen gelten kann, den Gedanken an einen Krieg weit von sich weist, macht auf die Rechte gar keinen Eindruck. Stronati wendet zur Besetzung Danzigs auf, und Koranty arbeitet in Paris im Einklang mit der französischen Regierung an kriegerischen Plänen. Jeder ruhige und vernünftige Bürger Polens weiß also, von wem das Heil und eine friedliche, gesunde Entwicklung der Beziehungen zu erwarten ist. Die Agitation des Westmarkenvereines aber, die von ungünstigen und ungeliebten Grenzen, von einer von Ostpreußen her drohenden Gefahr u. s. w. spricht und so nebenbei ziemlich deutlich nahelegt, diese mit Waffen gewalt zu verbessern, muß geradezu als staatsgefährlich gekennzeichnet werden.

Der Druck Frankreichs auf Polen.

Die Delegations bringt unter dem 22. Januar folgende Meldung:

Die deutsche Presse teilt mit, daß sich die französische Regierung bemüht habe, das Kohlen syndikat im polnischen Teile Oberschlesiens zu bewegen, die Kohlenlieferungen nach Deutschland einzustellen. Die deutsche Presse stellt seit, daß sich die polnische Regierung diesen Bemühungen gegenüber streng neutral verhält, sowie daß das Syndikat einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland für notwendig erachte und daß Art. 90 des Versailler Vertrages Polen verpflichte, an Deutschland Kohle zu verkaufen. Außerdem notiert die deutsche Presse das Gerücht, daß Frankreich in Warthau seiner Unzufriedenheit über das passive Verhalten der polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet aufdruck gegeben haben sollte. Von polnischer Seite soll als Antwort darauf hingewiesen werden, daß sich die polnischen Bergleute schon seit einer Reihe von Generationen im Ruhrgebiet angesiedelt hätten und die polnische Sprache verstanden und polnische Sitten beobachtet, daß sie sich aber in erster Linie als Arbeiter betrachten, denen es um Verdienst möglichkeit geht.

Ein Vertrauensvotum für Kabinett Sikorski.

Sikorski hat bei der Abstimmung im Sejm am Dienstag mehr einen Sieg der Übertrumpfung als einen zwischen den Parteien wohlerwogenen Abstimmungserfolg davongetragen. Nach seinem Schlussswort betrat der Abgeordnete Dąbrowski (P. P. S.) noch einmal die Rednerbühne zu kurzen Aussführungen, die in der Unruhe des Hauses fast völlig verloren gingen. Unmittelbar darauf beantragte Sejmpräsident Rataj die Abstimmung. Die Fraktionen mit Ausnahme der Rechten, der Ukrainer, eines Kommunisten und einiger Mitglieder des jüdischen Klubs erhoben sich, und der Sejmpräsident konstatierte nunmehr die einfache Mehrheit, die von dem Hause mit Beifall aufgenommen wurde. Vielen Abgeordneten, insbesondere der Minderheiten, kam es erst jetzt zum Bewußtsein, daß es sich tatsächlich um die Abstimmung über das Regierungsexposé gehandelt hatte. Sie waren vielfach der Ansicht gewesen, daß es sich um einen Vertragsantrag handelte, über den abgestimmt wurde.

Über den Verlauf der Sitzung teilt uns unser Warschauer Sonderberichterstatter telephonisch mit:

Als erster Redner bei der Eröffnung der Dienstagsitzung des Sejm um 12 Uhr mittag sprach der Abgeordnete Spidermann von der Deutschen Fraktion, der in würdiger Form die Wünsche und Forderungen der Deutschen vortrug. Er betonte, daß die Deutschen schon oft und dringend auf die Wunden hingewiesen hätten, die Sikorski in seinem Exposé gesehen gezeichnet hätte, aber wenn sie davon gesprochen hätten, dann sei es ein Verbrechen gewesen, und die Schriftsteller der deutschen Beiträge seien wegen Verbreitung falscher Tatsachen oder wegen Verleumdung einer angeblichen noch rechtsgültigen Kriegsverordnung zu schweren Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Unnachlässigt rechnete er mit den nationalistischen und chauvinistischen Methoden ab, die alle fremdstämmigen Elemente in Polen als staatsgefährlich verachten wollen und die jede Stellungnahme der nationalen Minderheiten als unerlaubte Einmischung in die Geschäfte des polnischen Staates brandmarkte. Diese Methoden seien mit Baran schuld, daß das Vertrauen des Auslands zu Polen verloren gegangen sei. Den Vorwurf des Staatsvertrags und der Illosalität müßten die Deutschen mit aller Energie zurückweisen. Die Deutschen hätten sich nicht die geringste Illosalität aufzuhallen kommen lassen. Irrgängige Vorbehalte bei Billigung des Staatschutzes und der Staatsfürsorge seien also ihnen gegenüber nicht am Platze. Andererseits müßten die deutschen Minderheiten aber auch mit aller Entscheidlichkeit betonen, daß sie es ablehnen, die Qualifikation eines loyalen Staatsbürgers dadurch zu erwerben, daß sie ihr Volkstum verleugnen. Sie müßten das Recht für sich in Anspruch nehmen, auf das deutsche Volkstum stolz zu sein und es pflegen zu dürfen; auch als loyale polnische Staatsbürger. Spidermann wandte sich dann der Frage des deutschen Schulwesens zu und schilderte die Mittel, mit denen polnische Behörden die deutschen Schulen zu verschlagen trachten. Alle Ziele dieser Behörden gipfelten darin, die alten deutschen Kulturstätten zu vernichten und die Polonisierung unserer Kinder einzuleiten. Sie sieht die Freiheit in der Pflege unserer kulturellen Eigenart, die unser Herr Ministerpräsident zugesagt hat, in Wirklichkeit aus. Die polnischen Behörden hätten sich bisher über den Spruch des Völkerbundes in der Frage der Domänenpächter einfach hinweggesetzt. Die Regierung müsse jetzt endlich dündige und konkrete Zusagen machen.

Dann zur Außenpolitik übergehend, stellte Abg. Spidermann die Ausführungen des Ministerpräsidenten, der sich von einer Vertiefung des Bündnisses mit Frankreich eine Sicherung des europäischen Gleichgewichts verspricht, einer Politik der realen Notwendigkeiten gegenüber. Er erörterte die Frage, ob Polen nicht besser late, mehr als bisher seiner Lage in Osteuropa Rechnung zu tragen. Für Polen gerade ergäbe sich aus seiner geographischen Lage mit zwingender Notwendigkeit der enge Anschluß an seine viel größeren Nachbarstaaten Deutschland und Rußland. Polen sei heute der gesunde und gefestigte unter den drei Staaten, und der Redner fragte, ob es daher nicht gerade an ihm wäre, den Weg zu einem freudigen nachbarlichen Verhältnis vorzubereiten. Mit solchem Tun wäre das Gleichgewicht Europas besser gesichert, als durch Bajonetts und Kanonen.

Zum Schluss forderte der Abg. Spidermann einen schnelleren Fortgang der Oesterreicher Verhandlungen, bei denen die Deutschen in Polen wiederum auch nur Objekt der Verhandlungen seien. Er verlangte, daß die Interessen der Deutschen Polen nicht mit irgendwelchen Wirtschaftsverträgen als willkommenes Auslandsobjekt angesehen würden. Polen werde sich sonst als Staatsbürgers deutscher Stämme, denen es seine Fürsorge zuwendet, nicht zu schämen brauchen. Feder von ihnen sei mit seiner Person das beste Unterpfand für den dauernden freundschaftlichen Verhältnis zum deutschen Nachbarlande.

Meister Weißfahl lohnte die würdige und gehaltvolle Erklärung Spidermanns.

Nach Spidermann nahm Korfanty das Wort. Er wußte auch jetzt nichts Besseres vom Stapel zu lassen, als eine seiner üblichen Ausrottungspistolen. Bwar, meinte er, erkenne seine Partei Rechte für die Minderheiten an, aber was die Deutschen und Juden verlangen, sei übertrieben. Es sei Polens gutes Recht, sich der Deutschen zu entledigen, und die Angehörigen eines Volkes, das früher selbst eine Ausrottungspolitik gegen die Polen betrieben habe, sollten sich jetzt nicht anmaßen, gegen die Anwendung ähnlicher Mittel gegen sie zu wettern.

Nachdem die Sitzung dann durch eine längere Mittagspause unterbrochen worden war, kamen unter anderem noch die Vertreter der Weißrussen, Ruthenen und Ukrainer, sowie der Abg. Ołon zu Worte.

Erst gegen 8 Uhr abends betrat Sikorski erneut die Rednertribüne, um auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu antworten. Es muß betont werden, daß bei aller berechtigten Vorsicht, die die Minderheiten gegen die Regierung Sikorski wahren müssen, der Schneid und die zielsichere Energie, die sowohl im Auftreten des jungen Ministerpräsidenten, als auch in seiner Art zu sprechen zum Ausdruck kommt, imponiert und sogar Vertrauen erweckt könnte. Wie schon beim Vortrage seines Programms zeigte sich auch jetzt, daß der Ministerpräsident ein geschickter Redner ist, klar und einfach das sagt, was er denkt, und keine Umschweife macht. Man ist deshalb mehr als bei allen seinen Vorgängern versucht, an die Versprechungen zu glauben, und man möchte aufrecht wünschen, daß Sikorski imstande wäre, die Gedankengänge, die er in seinen Ausführungen entwickelt, zu verwirklichen. Er antwortete, daß er in seinem Exposé nur in großen Zügen den Weg gezeigt habe, den er gehen wolle. Er versprach dann, auf Einzelheiten eingehend, ein neues Gesetz zur Regelung der Landreform. Dann wandte er sich den Minderheiten zu und betonte, die Juden sollten in Zukunft ihre Lokalität beweisen und nicht nur davon sprechen. Wenn sie ihre Pflichten genau so erfüllen, wie jeder Pole sie erfülle, dann würden sie unter seiner Regierung auch die vollen Rechte haben, wie sie die Konstitution verspreche. Sich den Deutschen zuwenden, sagte er mit einer etwas brutalen Offenheit: „Angestammte eines Volkes, das auf einer so hohen Kulturstufe steht wie das deutsche, Angehörige eines so gewaltigen Staates, wie es Deutschland war, würden mit Verachtung auf Polen schauen, wollte es anders handeln, als es jetzt tut.“ „Aber“, so fuhr er fort – und auf dieses Wort werden sich die Deutschen mit aller Entschiedenheit zu stützen haben – „abgeschlossene Verträge, eingegangene Verpflichtungen werden unter meiner Regierung gehalten und realisiert werden.“

Wir wollen hoffen, daß dieses Wort des Ministerpräsidenten Sikorski eine Brücke wird, die wir vertrauensvoll beitreten können. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, wird Polen sehr bald erfahren, daß seine deutschstämmigen Staatsbürger nichts anderes wünschen, als loyal am Aufbau des polnischen Staates mitzuarbeiten, und daß sie bestrebt sind, ebenso gute Staatsbürger zu sein wie alle übrigen Einwohner dieses Landes.

Sikorski's Senatsrede.

In der Programmrede, die der Ministerpräsident im Senat hielt, sagte er über die Finanzlage Polens:

Die Frage einer Hebung des Finanzwesens wird nicht immer mit Ruhe behandelt. Diese Krankheit ist eine schwere und verzögerte, die eine langsame Heilung erfordert. Alle in der ganzen Republik erkennenden Russen, alle Ungeduld, die im Laufe von fünf Wochen die Städte heilen, die Tevering verlämpfen, das Wirtschaftssystem härtet und das, was ganze Jahre verdorben haben, aufzustellen möchten, ist Demagogie, die in vielen Fällen für Polen schädlich sein kann. Wir haben finanzieller und wirtschaftlicher Krisen, an denen der ganze Kontinent krank. In Europa werden manche Staaten mit wertlosem Papier überflutet, während die anderen an Goldüberflutung kranken. Die Konsequenzen dieser Situation sind klar, wenn wir begreifen, daß Polen sich zwischen Deutschland, dem Reich der tödlichen Krankheit Europas, und dem finanziell wirtschaftlich anarchisierten Russland befindet. Der Traum, es müsse ein Wunderarzt gefunden werden, der ins Ausland fahren und eine auswärts geistige mitbringen würde, oder andererseits selbstmörderische Verläufe von allem für regen etwas und die Schaffung von Grundlagen zur Verstärkung der Faulheit und des Oxfen-angels für die Republik, sind Freitimer. Die ersten Männer des Westens sagten mir, sie könnten diesen Zustand, diese kindlichen Anschaunungen, nicht begreifen, und behaupten, Polen müsse sich zur Schaffung von Grundlagen des Gleichgewichts ausschwimmen, und dann werde es nicht nötig haben, um Hilfe und Almosen zu bitten und darauf zu warten, daß fremde Kaufleute, die darin ihr Geschäft sehen, sich selbst einfinden werden, um ihm eine Hilfe in Form einer auswärtigen Anleihe anzubieten. Die früheren politischen Fehler, die Polen zu Fall brachten, müssen vermieden werden, da wir uns sonst an den künftigen Geschlechtern versündigen. Es müssen Opfer gebracht werden, wobei mit

der Sparsamkeit begonnen wird. Die Svar enkt darf nicht mechanisch sein. Die Steuern müssen regelmäßig eingezogen werden.

Unsere ganze Industrie stützt sich ausschließlich auf staatliche Kredite, die bereits ein paar Milliarden erreichen.

Wenn wir die Schulden des Staates in der Landesdarlehenskasse Anfang 1920 mit 100 angeben, erhalten wir weiterhin folgende Ziffern:

Januar 1920	— 100
1921	— 826
1922	— 3080
Dezember 1922	— 7500
Der Durchschnittskurs des Dollars betrug im	
Januar 1920	— 100
1921	— 576
1922	— 2324
Juni 1922	— 8229
Dezember 1922	— 13000

Das angeblichste Steigen des Dollars ist Ihnen gut bekannt. Der Umlauf der Billets in der Darlehenskasse betrug in demselben Verhältnis

im Januar 1921	— 827
im Januar 1922	— 4189
im Dezember 1922	— 12248

Bringen wir uns zum Bewusstsein, daß das Budget für 1923 auf 5000 Milliarden berechnet ist, und augenblicklich sind 800 Milliarden Mark im Druck, dann sind die Konsequenzen dieses Zustandes ersichtlich. Es ist die allerhöchste Zeit, zu einer gründlichen Besserung der Verhältnisse zu schreiten, da die Lorraine, die in sehr kurze Zeit über Polen niedergehen könnte, in Zukunft nicht aufgehalten werden könnte.

Der Premier besprach darauf die auswärtige Lage und das Bündnis mit Frankreich und sagte: Die polnische Politik kann nicht anders als friedlich sein. Durch die Besetzung Memels darf das Interesse Polens nicht verletzt werden.

Zum Schluß forderte der Premier den Senat zur Zusammenarbeit mit der Regierung auf. Zum Peismismus sei kein Anlaß vorhanden.

Die Senatsausschüsse.

Zu ihren Vorsitzenden wählten die einzelnen Senatsausschüsse folgende Senatoren: der Geschäftsausschuss — Sen. Lubieński, der Wirtschaftsausschuss — Sen. Siedlecki, der Finanz- und Haushaltungsausschuss — Sen. Nadworski (Vertreter Hammerling), der Verwaltungsausschuss — Sen. Adamowski (Vertreter Kowalewski), der Rechtsausschuss — Sen. Rymel (Vertreter Balawita), der Unterrichtsausschuss — Sen. Kajnowski (Vertreter Wodłowski), der Auslandsausschuss — Sen. Kiniowski (Vertreter Bialy).

Entweber das Senatornamdat oder die geistliche Würde.

Wie die „Gazeta Poznańska“ mitteilte, hat der Apostolische Stuhl kategorisch gewordert, daß der Erzbischof Teodorowicz und der Bischof Sapieha die bei der Senatswahl erlangten Mandate niederelegen. Die Forderung stützt sich auf die Beschlüsse der Kurie vom April vorigen Jahres, in der die Bewerbung hoher geistlicher Würdenträger um ein parlamentarisches Mandat von der Zustimmung des Apostolischen Stuhles abhängt gemacht wird. Diese Zustimmung haben die beiden kirchlichen Würdenträger bei den Senatswahlen nicht erlangt. Erzbischof Teodorowicz und Fürstbischof Sapieha sind Mitglieder des Rechtsblocks.

Senat und Staatspräsident.

Auf dem Bankett, das der Staatspräsident Wojsławski im Belvedere veranstaltet hat, und an dem Vertreter aller Parteien teilgenommen haben, hat der Präsident folgende Rede gehalten: Seit dem 16. Jahrhundert ist man an der Arbeit, die Form des polnischen Parlamentarismus festzulegen. Wenn ein Gesetz verpflichtende Kraft gewinnen sollte, mußte das Einverständnis der Abgeordneten, Senatoren und des Staatsoberhauptes vorliegen. Lange Jahre hat man auf diese Einmütigkeit keinen Wert gelegt, weil die öffentliche Meinung diese Einmütigkeit garantierte und die genannten Faktoren veranlaßte, zum Wohle der Republik Zugeständnisse zu machen. Mit der Zeit hat die Bedeutung des Staatsoberhauptes abgenommen und ebenso die des Senates, und unsere heutige Verfassung sagt im 35. Artikel, daß der Präsident die Veröffentlichung eines Gesetzes in dem durch den Sejm beschlossenen Wortlaut verordnet, wenn der Sejm die Verbesserungen des Senates mit elf Abwänzigst der Stimmen zurückweist. Der Senat kann jedoch seine Anteilnahme an der Gesetzesgebung bedeutend stärken durch seinen moralischen Einfluß auf die Behörden des Staates. Ich möchte in Ihnen, meine Herren, wahrschäfte „viri boni“ finden, die sich nichts leiten lassen von der Sorge um das Wohl der Republik, und Ihnen, Herr Marshall, rufe ich zu: Es lebe der Senat!

In seiner Antwort betonte Trampczakski, daß alle Abel aus dem gegenseitigen Misstrauen unter den Parteien her-

rührten. Der Herr Präsident hat in unser öffentliches Leben wieder gegenseitiges Vertrauen gebracht und behalt sofort das volle Vertrauen der ganzen Nation für seine guten Absichten gesunden.

Glabinski Vorsitzender des Haushaltungsausschusses des Sejm.

Zum Vorsitzenden des Haushaltungsausschusses wurde in der Montagsitzung des Reiseausschusses der Abg. Glabinski gewählt. Vorsitzender des Kriegsausschusses wurde der Abg. Ossorowski von der Dubanowiczgruppe. Die Sitzvertreterschaft ist gegenseitig.

Die evangelischen Polen

in Łódź nahmen am Sonntag einen Bericht über die Tagung der evangelisch-augsburgischen Synode in Warshaw entgegen und veranlaßten eine strenge Aufforderung über die evangelischen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Es wurde die Schaffung einer besonderen Organisation für indigo erachtet und ein Ausschuß mit Herrn Meißner an der Spitze gewählt.

Der Kampf gegen die Teuerung.

In der Montagsitzung des Sejm auswahls für den Kampf gegen die Teuerung legten Vertreter des Statistischen Hauptamtes statistische Angaben über den Betriebsverbrauch und die Preise steigerung vor. Während vor dem Krieg auf den Kopf 200 kg kamen, waren es im Vorjahr 188 kg. Die Preise sind im Vergleich zum Jahre 1914 um 3400 höher geworden um das 55-fache gestiegen für Getreide um das 3400-fache, für Fleisch das 3400-fache, für Eier das 1140-fache, für Mehl das 4470-fache, für Roggen das 4195-fache, für Weizenmehl das 630-fache, Grütze das 3770-fache, Erbsen das 4440-fache, Stroh das 4470-fache, Kartoffeln das 4200-fache.

Die achtprozentige Staats-Goldanleihe.

Der Emissionspreis der achtprozentigen Staats-Goldanleihe ist durch Ministerialverfügung vom 17. Januar vom 22. Januar ab dahin geändert worden, daß der polnische Gulden bei den Berechnungen zu 3500 M. angenommen wird. Das macht sie eine Obligation von 1000 M. und 1000 Gulden den Wert von 45000 M., für eine Obligation von 50000 M. und 50000 Gulden einen Wert von 225000 M.

Gründung einer polnisch-estnisch-leittisch-finischen Handelskammer.

Der bei der politischen Schiffahrtsgesellschaften eingeschlossene Ausschuss für baltische Fragen beschloß in der nächsten Woche eine Sitzung abzuhalten, die der Drahtseilierung eines von russisch-estnisch-leittisch-finischen Handelskammer gewidmet sein soll. Mit dieser Frage haben sich die Consulate der Polenstaaten in Warschau eingehend beschäftigt und sich bereit erklärt, mit Informationen zu dienen.

Die Zahl der Einwohner Brombergs

betrug nach einer Berechnung des „Dziennik Endoski“ am 1. Dezember 1922 (mit Militärposten) 39082. Es kann angenommen werden, daß gegenwärtig die Zahl 100000 überstiegen ist. Bromberg steht dann unter den Städten Polens an sechster Stelle.

Die Aufhebung der Beschlagnahme

der „Wysł. Narodowa“.

Die „Gazeta Poznańska“ meldet, daß das Appellationsgericht am Montag die Enthüllung des Peinscherges über die Aufhebung der Konfiszierung der „Wysł. Narodowa“ bestätigt hat.

Aus der polnischen Presse.

Bei Sejmprogrammrede des Ministerpräsidenten nimmt im „Nasz. Kurjer“ der jüdische Abgeordnete Hartiglos mit folgenden Ausführungen Stellung: Der Ministerpräsident, ein österreichischer Pole, hat durch seine Feiertagsrede bewiesen, daß er sich von den österreichischen Traditionen noch nicht freiemacht hat, und daß er im wiedergeborenen Polen den Grundsatz Franz Josefs annehmen will: „Divide et Impera“ (Teile und herrsche). Aber was die Politiker Österreichs, die Schüler Meisterschafts, geschickt und glatt machen, das fiel bei Generals Sikorski plump aus: ehrlich militärisch. Das scheint um so wunderbarer, als — wie böse Jungen behaupten — Urheber jenes Abschnitts über die Minderheiten völlig unmilitärische Menschen waren, sehr zivile und sehr pseudolinde Männer. Der „Kurjer Warszawski“ schreibt: „Sikorski glücklichster Abschnitt war der über die nationalen Minderheiten.“ Aber nicht jedes Lob ist vorlebhaft für den Gesetzten; dieses Lob sicher nicht. Der Herr General hat getreu den habsburgischen Überlieferungen die nationalen Minderheiten in drei Gruppen geteilt: solche, die man lobt, solche, die man lädt und solche, von denen man schweigt. Um allermeisten aufzudenken war, so schien es wenigstens, die Gruppe, die er gelobt hat, da ein ungeschicktes Lob oft mehr schadet, als ein geschickter Tadel. Über das tiefe politische Verständnis des Ministerpräsidenten braucht man gar nicht verschiedener Meinung zu sein. Man braucht kein Metternich zu sein, um über diese Ausführungen zu lächeln, sondern man muß Machiavelli sein, im Sille eines Lutosławski, um solche Fehlritte anzuerkennen. Der Ministerpräsident erachtete es als

Sein Sohn, ein stattlicher Bierziger, hatte nichts von der Unruhe des Kronprinzen in sich, der auf den Tod des Königs wartet; er diente dem Vater als dessen erster Knecht und sein schlichter, unverdorbener Sinn erachtete es als eine Selbstverständlichkeit, daß er erst Herrscher wurde, wenn der Vater die Augen schloß. Dabei hatte er eine Frau und drei Kinder, deren kleinstes, ein frischer Bursche, der eben zum Jüngling wurde, mit jeder Bewegung versetzte, daß dieses Geschlecht nichts wußte von Entartung und Verfall.

Als Loisl mit Fernleitner, dem Fremdling, die niedrige Stube betrat, empfing ihn stolze Zurückhaltung und der stumme Beichl, Nechenshaft zu geben, warum er an einem Wochentage die Alm verlassen hatte, um mit dem ungebetenen Gast zu Tal zu steigen.

Des Knechtes kurze, knappe Erklärung milberte das Vernehmen, und wenn Fernleitner's Plan bei dem alten Rottbauern auch auf Verwunderung stieß, so hatte dessen Antwort doch keinen Beifechtmakel leidloser Abweisung. Zwar wollte auch er wissen, wes Geisteskind die Menschen waren, denen er Wohnrecht auf seiner Alm gewähren sollte. Aber Fernleitner's frische Art zerstreute wie von selbst manches Verdachten, und als der alte Rottbauer nach seinem Sohne rief, um mit ihm die Sache zu besprechen, war er schon halb enttäuschen, der Biß des seltsamen Fremdlings zu willfahren.

Auch der junge Rottbauer hatte nichts Wesentliches dagegen, als er die Person des Geistes einer eingehenden Mußierung unterzog, und als sich Fernleitner vollends als ein Mensch erwies, der den bescheidenen Ansprüchen der Bauern nicht das kleinste Heilschen des Händlers entgegenlegte, fiel auch die letzte Zurückhaltung der biederer Dörfster. Man lud den Fremdling zu Gast, ließ durch die Mägde herbringen, was Küche und Kammer zu bieten vermochten und besprach bei Speise und Trank die Einzelheiten der zu gründenden Waldkolonie.

Fernleitner konnte gern die große, leerstehende Almhütte haben, die ohnedies nie benötigt würde, meinte der alte Rott-

bauer geschickt, die nationalen Minderheiten unter sich uneinig zu machen, vergaß jedoch dabei, daß diese Minderheiten nicht durch Preisen, sondern nur durch politische Taten uneinig gemacht werden können, und diese realen politischen Taten sind immer noch die gleichen im Verhältnis zu den gelobten und zu den getadelten und selbst zu den mit Stillschweigen übergangenen, einheitlich im negativen Sinne. Ich zweife auch daran, daß die Anwendung dieser verschiedenen Politik den Minderheiten gegenüber Erfolg haben wird. Die könnte ja die Bande lösen, durch die das traurige Leben die verschiedenen Minderheiten mit verschiedenen Streben geprägt hat, aber gleichzeitig mögliche sie auch Polen schwächen, da ein großer Teil der Bevölkerung dadurch uneins gemacht wird. In Polen darf nicht die österreichische Art zu regieren angewandt werden; man darf nicht zwischen den Polen einerseits und den Minderheiten andererseits eine Mauer aufführen, und weiter ist es unmöglich, die Minderheiten in Kategorien zu teilen. Nicht durch Teilen kann Polen wieder aufgebaut werden, sondern durch Einigung machen. Allen gleiche Rechte geben, die gleichermaßen die Besonderheiten, die nationalen und kulturellen Eigentümlichkeiten der Bürger berücksichtigen, und alle zu gemeinsamer Arbeit zusammenkommen, das müßte das Programm der Regierung in bezug auf die Minderheiten sein. Das Programm Sikorski begnügte sich leider auf einer anderen Linie: Gleiche Pflichten, aber nicht gleiche Rechte. Auf diesem Wege wird er nicht weit kommen.

Polen und die Memelfrage.

In der Dienstag-Sitzung des Auslandsausschusses des Sejm sprach der Chef der Ostabteilung, Lukasiewicz, über den Standpunkt der polnischen Regierung in der Memeler Frage. Nach der Aussprache wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

1. Der Auslandsausschuss stellt fest, daß der litauische Überfall auf Memel die Existenz des Versailler Vertrages bedroht. Der litauische Anschlag auf Memel muß, wenn er nicht katastrophal Polens nach sich ziehen soll, sofort vom Volksmund liquidiert werden.

2. Der Auslandsausschuk erklärt, daß sich Polen niemals mit der Einnahme Memels durch die Litauer abfinden wird, weil diese Tatsache den Interessen Polens widersetzt.

3. Der Auslandsausschuk ist überzeugt, daß der Anschlag der Litauer auf Memel keineswegs die Entscheidung der Memeler Frage durch den Volksstaat beeinflussen wird, daß dieser die Frage der nationalen Minderheiten in Memel gemäß dem Vorstellung Polens erledigen und Polens Interessen an diesem Hafen garantieren wird, um so mehr, als die Verbindung Polens mit der Ostsee über Danzig völlig unbefriedigend ist.

Die Vorbereitungen zu der Katowitzer Industrieausstellung.

Schon seit einigen Tagen hat die Direktion der polnischen Ausstellungsgesellschaft die Organisationsarbeiten aufgenommen, sie gehen rasch voran. Das Bureau der Gesellschaft befindet sich, wie schon gemeldet, in Katowic, Holzstraße 7, 3 Treppen.

Die Speditionsfirma T. Hartwig, die den Transport der auszustellenden Gegenstände bewerkstellt, meldet jeden Tag das Eintreffen von solchen und befördert dieselben zu den Ausstellungsräumen. Die drei Ausstellungsbauten sind: das Katholische Vereinshaus bei der Marienkirche, das Kabarett „Gremialage“, früher Nationaler Kessels in der Heinzelstraße 8 und die Turnhalle der Wädens-Wittelsbach-Schule in der Schulstraße. In den genannten Räumen wird eifrig an der Errichtung und Dekoration gearbeitet. Auch die Bureaus, welche während der Messe benutzt werden sollen, gehen der Fertigstellung entgegen.

Eine beträchtliche Anzahl der Aussteller ist in Katowic bereits eingetroffen und beschäftigt sich mit dem Errichten der Kioske.

Nicht befriedigend hat sich auch die Wohnungfrage gestaltet. Das Wohnungskomitee der Ausstellungsgesellschaft hatte in sämtlichen in der Wojewodschaft Schlesien erscheinenden Zeitungen einen Aufruf erlassen mit der Bitte, freistehende oder sonst verfügbare Räume für die Aussteller bereit zu stellen und im Bureau der Ausstellungsgesellschaft anzumelden. Dieser Bitte hat ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in entgegenkommender Weise entsprochen. Es besteht jetzt keine Befürchtung mehr, daß Messeteilnehmer keine Unterkunft finden.

Ein Katowicer Blatt brachte die Nachricht, daß die Ausstellung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wäre. Demgegenüber kann bemerkt werden, daß dies den Tatsachen nicht entspricht und daß die Ausstellung am 28. Januar beginnt und bis 11. Februar dauert wird. Die feierliche Eröffnung der Messe findet am Sonntag, dem 28. Januar, statt. An der Eröffnungsfeier nehmen alle höheren Behörden der Regierungshauptstadt und der Provinz teil.

Ein Katowicer Blatt brachte die Nachricht, daß die Ausstellung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wäre. Demgegenüber kann bemerkt werden, daß dies den Tatsachen nicht entspricht und daß die Ausstellung am 28. Januar beginnt und bis 11. Februar dauert wird. Die feierliche Eröffnung der Messe findet am Sonntag, dem 28. Januar, statt. An der Eröffnungsfeier nehmen alle höheren Behörden der Regierungshauptstadt und der Provinz teil.

Herzliches Einvernehmen knüpfte sich von Mann zu Mann; beginnendes Brüderlichkeit überbrückte die Kluft des Fremden und schuf den Boden für gutes Auskommen in den bevorstehenden Sommerwochen. Als man sich ironisch, schickte man in Freundschaft, und der feiste Händedruck, den die Bauern dem Städter boten, bekundete das Vertrauen, das sie zu ihm gewonnen hatten.

Fernleitners Plan, kaum erst gefaßt und in seinen Ausfängen beinahe abenteuerlich zu nennen, war gesichert.

III.

Ruth Marlow, Fernleitners jung angetrautes Weibztante.

Die Fenster in Robert Volkners Atelier waren dicht verhangt; durch farbige Gläser fließt Licht in den Raum, am Flügel läßt Wildenbrunner und vielte seltsame, fremdländisch klingende Weisen. Und Ruth Marlow tanzte.

Ihre tierliche Gestalt schwiebt über den kostbaren indischen Teppich in vollendetem Anmut, jede Bewegung atmete Musik; es war eine Lust, ihr zugesehen.

Goldblonde, halblange Locken umringelten den feinschmeckten Kopf, Arme und Beine waren bloß, den Körper umfassend, enganliegend, ein Seidenchal.

Im weiten Gemach herrschte lautlose Stille, alle Blicke hingen gebannt an der holden Gestalt, die sich nach Wildenbrunner's eigenartiger Musik drehte und wendete, schmiegte und bog, und nur Robert Volkner begnügte sich nicht mit stummer Bewunderung, sondern saß am Divan, Papier und Zeichenstift in der Hand und mühete sich, die markantesten Stellungen im Bilde festzuhalten.

Worterbuna totat.

Der französische Siegeszug im Ruhrgebiet.

Kleinlauter Stimmung in Paris.

Die Nachrichten über die Streikbewegung im Ruhrgebiet haben in Paris eine sehr kleinlauter Stimmung hervorgerufen, obgleich die amlichen Siedlungen bemüht sind, die zu lösenden Schwierigkeiten gering erscheinen zu lassen. Die allgemeine Auslassung der französischen politischen Kreise geht heute dahin, daß die Regierung mit einem derartigen Widerstand auf deutscher Seite nicht gerechnet und die Aktion nicht entsprechend vorbereitet habe. Diese Ansicht kommt auch immer öfter in der Presse zum Ausdruck, so Montag früh besonders im „Echo national“, in dessen Verlauterung Tardieu dem Kabinett Poincaré seine falschen Berechnungen drohend vorhält. Poincaré selbst hat seit Beginn der Ruhrbesetzung vorsichtiges Schweigen über diese Frage beobachtet.

Die Minister haben sich Sonntag abend nach der Beratung bei Poincaré, zu der auch Marshall Foch zugezogen war, den Pressevertretern gegenüber sehr zurückhaltend geäußert. Sie verfestigten, die Lage sei weniger schlimm, als man nach den noch unbestätigten deutschen Meldungen über die Streikbewegung im Ruhrgebiet annnehmen müsse. Alle Maßnahmen zur Verhütung schlimmer Folgen eines etwaigen Generalstreiks seien vorbereitet, und falls der nicht ernst zu nehmende Fall eintrete, sollte, daß die 450 000 deutschen Arbeiter des Ruhrgebiets in den Ausstand traten, würde nach der Versicherung der französischen Minister die Möglichkeit vorhanden sein, die Gruben mit Hilfe von polnischen, italienischen und tschechoslowakischen Arbeitern instand zu halten. Eine längere Dauer eines etwaigen Generalstreiks wäre nach ihrer Ansicht schon deshalb ausgeschlossen, weil Deutschland nicht lange ohne die Ruhrkohle existieren könnte. Weiter wurde angebaut, daß Frankreich die Möglichkeit habe, in der Verproviantierungfrage einen Druck auf die Vergleiche des Industriegebietes auszuüben. Nach Verstärkung mehrerer Morgenblätter soll die französische Regierung weiter daran denken, von der Rheinlandkommission die Ausweisung des deutschen Reichskommissars in Koblenz und der „preußischen Beamten“ aus dem Rheinlande zu fordern. Auch der Plan einer Polizeiaktion zwischen dem Ruhrgebiet und dem übrigen Deutschland taucht wieder auf, obgleich in diesen politischen Kreisen erklärt wurde, Frankreich habe mit Rücksicht auf englische und belgische Wünsche diesen Gedanken aufgegeben.

Die unbewegsame Haltung Deutschlands.

Der deutsche Außenminister erklärte, daß Deutschland in dem Widerstand gegen den Friedensbruch Frankreichs unbedingt verharre, daß es für Volk und Regierung keine andere Wahl gebe, da Deutschland, wenn es sich beuge, verloren wäre. Der gleiche Geist des passiven Widerstands kommt in der ganzen Haltung der Bevölkerung im Ruhrgebiet zum Ausdruck und sowohl die Industriellen als auch die Arbeiterschaft sind in der Abwehr der Fremdherrschaft vollständig einmütig und erklären, selbst auf die äußerste Gefahr hin nicht nachgeben zu wollen.

Eine Erklärung der deutschen Studentenschaft.

Dem Reichstag wurde am Freitag von Vertretern der Studentenschaft das feierliche Versprechen abgegeben, unbeschadet der manhaftesten und ehelichen Ausstrahlung der Gegenfasse auf hochschulpolitischem Gebiet alles zu vermeiden, was die nationale Einigkeit föhren könnte. Der deutsche Student kennt nur einen Feind, den Feind in Waffen am Rhein und an der Ruhr.

Sympathiekundgebungen in Österreich.

In der letzten Sitzung des Bundesrat hielt Vorsitzender Dr. Nehrl, nachdem sich das Haus erhoben hatte, eine Rede, in der er der Bedeutung des deutschen Volkes gedachte und dem Reich den Ausdruck brüderlichen Mitgefühls entzündete.

Auch im Wiener Gemeinderat kam es zu einer Kundgebung für Deutschland. Bürgermeister Neumann hielt eine Ansprache, in der er namens der Wiener Bevölkerung ihr Mitgefühl für das deutsche Volk und der Entrüstung über die Gewalttat im Ruhrgebiet Ausdruck gab.

In den Thyssen- und Stinnesgruben

ist der allgemeine Ausstand erklärt worden. Nach Meldungen deutscher Blätter sind ungefähr 65 000 Arbeiter Thyssens und 100 000 von den Betrieben Stinnes zum Beischen des Protests gegen die Verhaftung Thyssens, sowie verschiedenen Direktoren und Abteilungsleitern in den Streit getreten.

Streik der Rheinschiffer.

Die in der Rheinschifffahrt beschäftigten Maschinisten und Heizer beschlossen einjüngig, die Kohlenchiffahrt auf dem Rhein stillzulegen und traten in den Ausstand.

Eisenbahnerstreik in Dortmund.

Die Eisenbahner des Dortmunder Hauptbahnhofes sind am Sonntag vormittag um 10 Uhr in den Streik getreten wegen der Verhaftung des Stationsvorstehers. Die Franzosen versuchten, mit ihrem Personal einen Zug abzulassen; man weiß aber nicht, wie weit dieser Zug gelommen ist. Auf dem Bahnhof Dortmund-Süd, sowie auf den Knotenpunkten Langendreier und Höerde traten am Nachmittag um 3 Uhr die Eisenbahner ebenfalls in den Streik wegen Verhaftung des Stationsvorstehers. Außerdem war eine französische Wache vor dem Bahnhof aufgestellt worden. Die Eisenbahner verlangten Befreiung der Wache und Freilassung des Stationsvorstehers. Dicsem Verlangen haben die Franzosen entsprochen, so daß am Bahnhof Dortmund-Süd am Montag früh die Bude wieder fuhren. Die Reichsbahnstelle in Dortmund hat Montag früh ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Zugesändnisse der Franzosen in Dortmund.

Die Franzosen haben sich infolge der geschlossenen Haltung der Eisenbahner zu großen Zugeständnissen bezüglich des Bahnhofsverkehrs versteckt müssen. Auf dem Hauptbahnhof haben die Franzosen noch am Sonntag abend Plakate ausgehängt mit der Erklärung, daß die Verhaftung des Eisenbahn-Direktionspräsidenten nur auf einem Trittum beruhe. Die Eisenbahner haben ihren Dienst wieder aufgenommen, nachdem die Franzosen folgende Bedingungen angenommen hatten:

Kein französischer Posten darf mehr bei den Eisenbahnen sein.

Französische Wachen auf dem Bahnhof werden gebürtig wegen des Empfangs von Lebensmitteln für die Bevölkerung.

Das Aufstellen des Bajonets auf das Gewehr ist verboten.

Truppentransporte werden nicht ausgeladen.

Kohlenzüge werden nicht umgeleitet.

Es dürfen Verhaftungen höherer Beamten nicht mehr vorgenommen werden.

Verhaftung der Expresszeitung Paris-Warschau.

Der Express zu Paris-Warschau kam Montag abend infolge des Streiks der Dortmunder Eisenbahner mit mehrstün-

diger Verspätung in Berlin an. Der Zug mußte nördlich des Ruhrgebiets umgeleitet werden.

Lokale Streitaktik.

Eine Arbeiterversammlung von Vertretern des gesamten Ruhrgebiets erhob gegen die Besetzung Protest und beschloß folgendes. „Wo französische Soldaten eine Arbeitstatte betreten und sich dort niederlassen, sollen die Arbeiter sofort ihre Tätigkeit einstellen.“ Altem Anschein nach soll zunächst an die Stelle allgemeiner Arbeitsruhe diese lokale Streitaktik treten.

Keine Telefonverbindungen für Franzosen.

Die passive Resistenz der gesamten Bevölkerung gegen die Franzosen macht immer weitere Fortschritte. Das System des moralischen Widerstandes ist jetzt fast lädiert ausgebaut worden. Neuerdings werden auch keine französischen militärischen Telephon Gespräche zugelassen. Wo die Franzosen in ihren Hotelzimmern eigene Telephones haben, sind ihnen von der Zentrale die Drähte durchgeschnitten worden.

Den Weisungen des Reichspostministers gemäß weigern von Montag mittag an sämtliche Telefonvermittlungsstellen des Ruhrgebiets Verbindungen, die von der französischen Besatzungsbehörde verlangt werden, herzustellen.

General Degoutte

hat für alle Verbindungen deutscher Behörden an Beamte des neu besetzten Gebietes diezensur eingeführt. Angeblich soll die Besetzung von Mainz verabsichtigt sein.

Beschlagnahme der städtischen Wälder um Wiesbaden.

Die Franzosen haben die städtischen Wälder um Wiesbaden beschlagnahmt. Magistrat und Stadtverordnete haben hiergegen leidlich protestiert und sich besonders beschwert, daß die Beschlagnahme der Wälder den Kredit der Stadt untergrabe.

Neue Verhaftungen.

Der Oberregierungsrat Dr. Offenbacher vom Mainzer Hauptzollamt wurde am Sonntag verhaftet. Seine Familie hat Anweisung erhalten, ihre Wohnung binnen vier Tagen zu räumen. Danach ist mit der Ausweisung des Beamten zu rechnen. Montagmorgen wurden die Böll-Oberinspektoren Horn und Wieschner vom Mainzer Hauptzollamt verhaftet. Ferner wurde der Leiter des Finanzamtes Aachen II, Oberregierungsrat Sembach, und sein Stellvertreter, Regierungsrat Bosten, von einer Wache der Besatzungsbehörde verhaftet, weil sie dieser gegenüber erklärt hätten, sie würden der belgischen Regierung keinen Vorwurf leisten und nur den Anordnungen der deutschen Behörden gehorchen. Daraufhin haben sämtliche Beamten und Angestellten des Finanzamtes ihre Tätigkeit eingestellt.

Am Mittwoch Verhandlung vor dem Mainzer Kriegsgericht.

Als der Tag der kriegsgerichtlichen Verhandlung gegen die von den Franzosen festgenommenen Industriellen des Ruhrgebiets ist nunmehr der Mittwoch bestimmt worden. Die Verhandlung wird um 9 Uhr vormittags beginnen. Gegen Dr. Schlutius und Raiffeisen ist noch kein Verhandlungstermin angesetzt worden, da die Alten noch nicht eingetroffen sein sollen.

Oberbergrat Ahrens wieder in Essen.

Oberbergrat Ahrens ist wieder in seiner Dienststelle in Buer eingetroffen. Es wurde ihm ein begeisterter Empfang bereitet. Er sollte ursprünglich am Sonnabend ebenso wie Geheimrat Raiffeisen abtransportiert werden. Im letzten Augenblick kam aber Gegenorder. Montag früh wurde er von einem Hauptmann und einem Major noch einmal vernommen und erneut gefragt, ob er Koalition wolle. Oberbergrat Ahrens antwortete mit einem glatten Nein. Nach einem verlegenen Schweigen wurde ihm mitgeteilt, daß seine Freilassung gegen eine Kavution von 100000 Mark verfügt sei.

Eine wichtige Versammlung der Arbeiterschaft.

Außerhalb der Besatzungszone tagte eine Konferenz von Partei- und Gewerkschaftsbeamten aus dem alten und neubesetzten Gebiet. Den Berliner Beschlüssen der Vorstände der sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages vom Freitag, daß die gefährdende Lage ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterschaft erforderlich und die Arbeiterschaft alles tun müsse, um die Abwehr des Einmarsches ins Ruhrrevier durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen, wurde einstimmig beigezeichnet. Die Vertreter der verschiedenen Bezirke berichteten, daß überall die gesamte Arbeitnehmerschaft einheitlicher Wille besteht. Weder mit Drohungen, noch mit Versprechungen würden die Franzosen die Arbeiterschaft ihrem Willen gefügig machen.

Vergebliche Versuche zur Besteitung der Arbeiterschaft.

Auf mehreren Staatszügen erschienen plötzlich französische Ingenieure, die mit den Kohlenexperten und auch mit den Arbeitern in Führung zu kommen suchten. Es wurde dabei vergeblich versucht, die Arbeiter und Angestellten durch Versprechungen auf Gewinnbeteiligung und Beförderung zu gewinnen. Die Arbeiterschaft der Staatszüge zeigt sich indessen wie die der Privatzüge zu einmütigem Widerstand entschlossen.

Die Ablösung der Ruhrarbeiter sichergestellt.

Die Ablösung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet ist auf jeden Fall sichergestellt, so daß sich alle Sorgen um die Unterhaltung der Belegschaften erübrigen.

Ein weiteres Arbeitsergebnis.

Wie der Betriebsrat der Thyssen-Werke haben auch Vertreter der Eiserne Stein Kohlen-Bergwerke A.G. eine Abordnung von über 100 Angestellten und drei Arbeitern aller Richtungen, auch der Kommunisten, nach Mainz entsandt, um zu fordern, daß ihr Generaldirektor Tengelman binnen 48 Stunden freigelassen werde.

Kommunistenversammlungen in Essen.

In Essen fanden zwei kommunistische Versammlungen statt. Eine weitere große kommunistische Versammlung war für Montag 7 Uhr anberaumt. Alle diese Versammlungen finden mit Genehmigung der Besatzungsbehörde statt. Heute früh erklärten die Kommunisten in den Versammlungen, daß nach wie vor ihr Kampf dem Kapitalismus gelte, und zwar gleichbedeutend dem französischen wie dem deutschen Kapital. Man sieht aber durchblicken, daß, wenn die Beamten streiken, dann auch die Belegschaft in den Betrieben mitstreiken würden.

Massnahmen gegen die Presse.

Gegen die Schriftleiter von niederrheinischen Tageszeitungen im besetzten Gebiet sind Verfahren jeweils der belgischen Besatzungsbehörde eingeleitet worden wegen ihrer Berichterstattung über die von den deutschen Parteien verankerten Trauerkundgebungen und den halbmonatigen Proteststreik.

eingeleitet worden wegen ihrer Berichterstattung über die von den deutschen Parteien verankerten Trauerkundgebungen und den halbmonatigen Proteststreik.

Verbote deutscher Zeitungen in Elsaß-Lothringen.

Nach einer Blättermeldung aus Straßburg sind die „Saarbrücker Zeitung“, die „Krankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und die „Würzburger Zeitung“ in Elsaß-Lothringen verboten worden.

Ein politischer Mord in Paris.

In der Redaktion der sozialistischen Zeitung „Action française“ ist Montag nachmittag gegen 3 Uhr ein politischer Mord verübt worden. Eine zwanzigjährige Anarchistin, Germaine Verthon, hat den Generalsekretär der „Action française“, Marius Plateau, dem sie unter einem Vorwand einen Besuch abtat, durch fünf Revolverschläge getötet. Sie versuchte dann Selbstmord zu verüben, brachte sich aber nur eine leichte Wunde bei.

Wehrgang kommt nicht ins Ruhrgebiet.

Die Nachricht von der Entsendung des Generals Wehrgang in das Ruhrgebiet wird bestätigt, ebenso das Gerücht von der bevorstehenden Ernennung des Generals Manain zum Oberkommissar im Rheinland und Ruhrgebiet.

Die Haltung Englands.

Als Bonar Law beim Abschluß der Pariser Konferenz die Erklärung abgab, daß England die Politik Poincarés nicht mitmachen könne, da sie wirtschaftlich zu keinem günstigen Ergebnis führen werde, erwartete man, daß England im Falle einer Ruhrbesetzung gegen diesen Schritt formal protestieren werde. Diese Erwartung hat sich nicht bestätigt. Am Ende allerdings hat protestiert, und zwar durch die Abberufung seiner Truppen aus dem Rheinlande. Bemerkenswert dabei ist, daß der Abtransport nicht auf dem kürzesten Wege, das heißt durch Barien über Antwerpen stattfindet, sondern auf dem Umweg über Bremen, also durch Deutschland.

Einen englischen Protest hatte auch Poincaré gar nicht erwartet. Außer er doch in der Kammer über die Ruhrbesetzung, daß England vielleicht binnen kurzem sich an dem französischen Schritt beteiligen werde, natürlich in der Annahme, daß Deutschland nachgegeben habe. Im Einzelfall damit erklärte man in England anfangs, daß man das Ergebnis der französischen Aktion abwarten wolle, was doch nur soweit heißen kann, daß man sich im Falle eines deutschen Nachgebens nachträglich bei der Gewinnverteilung einstellen wolle, zunächst aber das Risiko scheue. Diese zweideutige und nicht ganz ehrliche Haltung kann für die englische Politik keine Achtung erwecken. Jetzt, wo der Machtzug Frankreichs im Ruhrgebiet deutlich sichtbar wird, und die Absicht Deutschlands zum entschlossenen Widerstand klar zutage tritt, zeigt sich auch in der englischen öffentlichen Meinung eine andere Haltung. Man sieht, daß die Haltung der Welt in der gegenwärtigen Krise vor allen Dingen durch den Erfolg oder Misserfolg des französischen Unternehmens bestimmt wird. Man vermutete jedenfalls anfangs stark, daß Deutschland gleich nachgeben werde und ist jetzt erstaunt, daß Deutschland von Compiegne und Versailles nicht mehr vorzufinden. Die „Times“ erklärten, daß Deutschland zu jedem Widerstand entschlossen ist, und daß angesichts der gegenwärtigen Lage das Reparationsproblem für unlösbar gelten müsse. Die Arbeiterpartei fordert Einschreiten gegen die französische Gewaltpolitik.

Trotz dieser Stimmen wäre es ganz und gar verfehlt, ein tatkraftiges Eingreifen oder auch nur einen Anlauf dazu von England zu erwarten. England steht auf dem Standpunkt, daß der Verfailler Vertrag durch die französische Aktion nicht verletzt wurde. Der Advoletenkrieg Poincarés wird ernsthaft anerkannt, und die 250 000 Mann nur als eine Schutztruppe für die paar Ingenieure angesehen.

Ein Unterstaatssekretär vom englischen Außenministerium erklärte kürzlich, Deutschland sei in England nach wie vor tief verhaft und könne auf keine Unterstützung rechnen. Mit Recht erwiderte Odhams, der Leitartillerist der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in dieser Äußerung nur einen Versuch, die Stimme des Gewissens zu überwinden. Denn auf der Friedenskonferenz hat gerade England auf totale Entmischung Deutschlands gedrängt, während Frankreich, natürlich um für seine eigenen Mütungen einen Vorwand zu haben, Deutschland eine stärkere Armee lassen wollte. Die hauptsächlichen Gründe, die gegen ein wirksames Eingreifen Englands augunsten Deutschlands sprechen, sind die folgenden:

1. hat England geradezu Furcht vor Frankreich, daß heute bei weitesten am stärksten von allen Staaten der Welt gerüstet und dessen Heer vor allem in technischer Beziehung vollendet ausgestattet ist. England selbst hat zu lange abgerüstet, die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und, solange es nicht durch Frankreich direkt bedroht wird, wird es sich nicht zu einem energischen Widerstand aufrufen. Man würde im äußersten Falle sogar Frankreich die Oberherrschaft auf dem Festlande zugestehen. England würde dann, getreu dem Programm Bonar Laws, sich von der europäischen Politik ganz zurückziehen und nur noch Weltpolitik treiben. Daß im späteren Verlauf der Entwicklung ein Frankreich, das in napoleonischer Weise über Europa verfügte, England allenfalls die größten Schwierigkeiten machen würde, das sieht die künftige englische Politik nicht ein.

2. bedeutet die gegenwärtige Lage eine geschäftlich wirtschaftlich glänzende Konjunktur für die englische Kohlenindustrie, denn sowohl aus Deutschland wie aus Frankreich laufen gewaltige Kohlenlieferungen in England ein. Man sieht, daß beide Staaten mit einem Versagen der Kohlenförderung in nächster Zeit, durch Generalstreik oder anderes, rechnen. Die außerordentlich ungünstige Lage des englischen Kohlenbergbaus und der geschäftliche Stillstand, der noch vor kurzem so druden geführt wurde, ist plötzlich zu Ende. In den britischen Kohlenhöfen herrscht große Tätigkeit. In Swansea werden jetzt täglich gegen 80 000 Tonnen Kohle und Petroleumkristalle verladen. Davon gehen drei Viertel nach französischen Häfen. Am Sonnabend ging auch aus Swansea zum ersten Male seit dem Kriege ein Dampfer mit Kohlenladung für Deutschland ab. Die Konjunktur wird noch erhöht dadurch, daß kürzlich auch aus Amerika sehr große Aufträge eingegangen. So ist die englische Bergwerksindustrie zurzeit beruhigt und macht sich keine Gedanken darüber, wie lange diese künstliche Hochkonjunktur dauern wird.

Im ganzen hat die englische Politik der letzten Jahre wenig Erfolge aufzuweisen. Dies kommt aber den englischen Politikern nur ganz allmählich zum Bewußtsein. Bloß George war der erste. Wenn die Erfahrung von den begonnenen Irakkriegen bei den Politikern und in der öffentlichen Meinung ganz durchgedrungen sein wird, dann wird es spät sein, und die Gefährdung der englischen Weltmacht durch das schwererüstete Frankreich wird sich nicht mehr rückgängig machen lassen. Es ist ein eigenständliches Bewußtsein, zu sehen, wie ein Staat, dessen Bevölkerung immer durch ihre innerpolitische Weise gerühmt wurde, außenpolitisch den Blick für das Notwendige und der eigenen Machtförderliche ganz und gar verloren hat.

Donnerstag, 25. Januar 1923.

Beilage zu Nr. 19.

Die Gemeindewahlen in der Woiwodschaft Posen.

Für die bevorstehenden Gemeindewahlen gilt die in Nr. 19 des „Dziennik Urzędowy“ vom 30. April 1920 veröffentlichte vorläufige Verordnung über die Abänderung der preußischen Gemeindeverordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891 (vgl. „Polnische Gesetze und Verordnungen in deutscher Übersetzung“ 1921, Nr. 8 (3. März)).

Es ist zu unterscheiden zwischen Gemeinden, die mehr als 100 Wähler haben, und Gemeinden mit weniger als 100 Wähler.

In Gemeinden mit mehr als 100 Wählern

legt der Schulze am 15. Januar die Liste der Gemeindemitglieder (bei den ersten Wahlen der vom Starost ernannte Wahlkommissar am 15. Mai) zur öffentlichen Einsicht eine Woche lang aus und macht in der bisher üblichen Weise bekannt, wo und in welchen Gemeinden die Liste von jedermann eingesehen werden kann.

Gleichzeitig verkündet er den Termin der Wahlen, den Ort und die Zeit ihrer Dauer. Die Wahlen müssen mindestens zwei Stunden und höchstens zehn Stunden dauern. Wer in die Liste nicht eingetragen ist oder in bezug auf eine dritte Person einen Verstoß erblässt, kann die Ergänzung der Liste innerhalb zwei Wochen vom Tage der Auslegung der Liste fordern.

Einsprüche sind zu Händen des Schulzen einzubringen.

Am Tage der Auslegung der Liste beruft der Schulze (bei den ersten Wahlen der vom Starost ernannte Wahlkommissar) als Vorsitzender der Wahlkommission zwei Vertrauensmänner aus der Mitte der Wähler, mit denen zusammen er die Wahlkommission bildet.

Die Wahlkommission prüft während der folgenden Woche die eingelagerten Einsprüche, nimmt Streichungen, Verichtigungen und Ergänzungen der Liste vor, worauf er mit Ende der Woche die Wählerliste durch Unterfertigung derselben durch sämtliche Mitglieder der Wahlkommission abschlägt.

Am Tage der Abschließung der Wählerliste veröffentlicht der Vorsitzende der Wahlkommission die Aufforderung zur Einsichtung der Vorschlagslisten im Laufe einer Woche, berechnet auf Grund der Wählerliste, wieviel Ratssherren gewählt werden sollen und gibt gleichzeitig diese Zahl öffentlich bekannt. Die einlaufenden Vorschlagslisten bezeichnet er nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Buchstaben in alphabetischer Reihenfolge oder mit Ordnungszahlen.

Die Zahl der Ratssherren wird folgendermaßen berechnet: Auf je 20 Wähler entfällt ein Verordnete, wobei die Zahl unter 20 als volle 20 betrachtet wird. — Wenn also z. B. 812 Wähler vorhanden sind, beträgt die Zahl der Verordneten 16. — Wenn aber z. B. 600 Wähler vorhanden sind und 5 Schöffen gemäßt werden sollen, dann dürfen nur 18 Ratssherren gewählt werden, und zwar aus dem Grunde, weil die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats mitsamt dem Schulzen und den Schöffen 24 nicht übersteigen darf. Somit 18 Verordnete + 6 (1 Schulze und 5 Schöffen) = 24.

In der Vorschlagsliste sind Vor- und Zusamen, Stand, Beruf und Wohnort einer solchen Anzahl von Gemeindemitgliedern anzugeben, die um die Hälfte größer ist als die Zahl der zu wählenden Ratssherren. Wenn also 8 Ratsherren gewählt werden sollen, sind in der Liste 12 Namen anzuführen. Jeder Liste müssen besondere Bezeichnungen derjenigen beigelegt werden, die in ihr eingetragen sind, mit der Erklärung, daß sie im Falle der Wahl das Amt annehmen werden. Jede Vorschlagsliste muß mindestens von 10 Wählern unterschrieben sein, da sie sonst nicht berücksichtigt wird. Unter diesen 10 Wählern können auch solche sich befinden, die als Kandidaten in die Vorschlagsliste eingetragen sind. Unter auf der Liste sind die Personen (ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter) namhaft zu machen, welche zu Verhandlungen mit der Wahlkommission über Ergänzung, Abänderung oder Jurisdicition der Vorschlagsliste berechtigt sein sollen. Wenn in der Liste diese Personen nicht namhaft gemacht worden sind, ist diejenige Person als Vertrauensmann anzusehen, die an erster Stelle unterschrieben ist, und als sein Stellvertreter der Nachstunterschreiber.

Der Vorsitzende der Wahlkommission verständigt sich mit den Vertrauensleuten über die in den Vorschlagslisten vorliegenden Mängel und ordnet die Ergänzung, Verbesserung oder Abänderung der Liste an, z. B. wenn in der Liste die nötige Anzahl Unterschriften fehlt, wenn sie undeutlich ist, wenn sie nicht die vorgeschriebene Anzahl Kandidatennamen enthält, wenn Zweifel bestehen, ob die in ihr eingetragenen Kandidaten die Wählbarkeit besitzen, oder ob sie überhaupt existieren, sowie wenn ihre Erklärung nicht beigeschlossen ist, daß sie im Falle der Wahl das Amt annehmen werden.

Wenn trotz Verständigung mit den Vertrauensleuten die Mängel in den Vorschlagslisten sich nicht beseitigen lassen, entscheidet die Wahlkommission, ob die Vorschlagslisten gültig sind oder nicht.

Ihre Entscheidung gibt die Wahlkommission den Vertrauensleuten sofort bekannt.

Nach Ablauf des Terminges zur Verichtigung der Vorschlagslisten veröffentlicht der Vorsitzende diejenigen Listen, die den Anforderungen des Gesetzes entsprechen, wobei es bei jeder einzelnen Liste genügt, den Namen des Kandidaten, der an erster Stelle in der Liste genannt ist, den Buchstaben oder die Nummer der Liste bekanntzugeben.

Läuft nur eine Vorschlagsliste ein, so ist, wenn sie gültig ist, keine Abstimmung vorzunehmen. Als gewählt erscheint diejenige Anzahl von Kandidaten, die zu wählen ist, wobei der vorangegangene Kandidat den Vorrang hat vor dem nachfolgenden.

In diesem Falle nimmt die Wahlkommission ein kurzes Protokoll auf, das feststellt, daß nur eine Vorschlagsliste eingelaufen ist, daß eine Abstimmung nicht stattgefunden hat und daß die und die Kandidaten gewählt sind. Diese Feststellung wird von der Wahlkommission in der üblichen Weise veröffentlicht.

Für Gemeinden mit weniger als 101 Wählern

gelten besonders folgende Bestimmungen:

Am Tage der Auslegung der Liste beruft der Schulze die Gemeindeversammlung ein, um zwei Vertrauensmänner zu wählen, mit denen er die Wahlkommission als ihr Vorsitzender bildet. (Bei den ersten Wahlen looptiert der vom Starosten ernannte Wahlkommissar zwei Vertrauensmänner aus der Mitte der Wähler.)

Die Wahlkommission prüft im Laufe der nächsten Woche die eingelagerten Einsprüche, nimmt Streichungen, Verichtigungen und Ergänzungen der Liste vor und schließt die Liste durch Unterfertigung derselben durch sämtliche Kommissionsmitglieder.

Am Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde, eröffnet der Vorsitzende der Wahlkommission das Wahlkabul. Der Tisch, an dem der Vorsitzende sich niedersetzt, ist so aufzustellen, daß er von allen Seiten zugänglich ist. Die Wahlurne steht vor dem Vorsitzenden. Die Wahlurne kann jedes gehörig zugedeckte Gefäß dienen, das im Deckel eine Öffnung zum Hineinwerfen der Wahlzettel hat. Die Kommission überzeugt sich davon, daß die Urne leer ist. — Der Vorsitzende fordert die Wähler zur Abgabe der Stimmen für die Wahl des Schulzen auf. Jeder Wähler tritt einzeln an den Tisch heran und gibt seinen Vor- und Zusamen an, worauf er von der Kommission einen mit dem Schulzen-

stempel versehenen Umschlag erhält, in den er abseits den Wahlzettel hineinlegt. Auf dem Wahlzettel darf nur der Name eines der Gemeindemitglieder niedergeschrieben sein. Den verschlossenen Umschlag übergibt dann der Wähler dem Vorsitzenden der Wahlkommission. Der Vorsitzende wirft den Umschlag in die Urne hinein.

Eines der Mitglieder der Kommission prüft das Wählerverzeichnis. Beim Namen des Wählers, der seine Stimme abgegeben hat, macht er ein sichtbares Zeichen.

Eines der Mitglieder der Kommission führt das Protokoll über die Tätigkeit der Wahlkommission, welches nach Beendigung der Wahlen von allen Mitgliedern der Kommission zu unterschreiben ist.

Nach Beendigung der Abstimmung zählt eines der Mitglieder der Kommission nach der Wählerliste diejenigen Wähler, die ihre Stimme abgegeben haben, während ein anderes Mitglied die Zahl der abgegebenen Umschläge zählt. Beide Zahlen, die miteinander übereinstimmen müssen, sind ins Protokoll aufzunehmen. Sodann entnimmt der Vorsitzende die Wahlzettel aus den Umschlägen und verliest die auf ihnen niedergeschriebenen Namen, während die beiden Vertrauensmänner im Verzeichnis die Anzahl der auf die einzelnen Personen abgegebenen Stimmen eintragen.

Gewählt erscheint diejenige Person, die mehr als die Hälfte aller gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat. Im Falle der Nichtzielung einer solchen Stimmenmehrheit ordnet der Vorsitzende eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen an, welche die größte Anzahl Stimmen erhalten haben. Die Abstimmung bei der engeren Wahl erfolgt ebenfalls mittels Stimzettel.

Die Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt im Wahllokal öffentlich. Nach der Feststellung verkündet der Vorsitzende das Wahlergebnis.

Als dann ordnet der Vorsitzende die Wahl des ersten Schöffen an. Diese Wahl wird auf dieselbe Weise durchgeführt, wie die Wahl des Schulzen. Nachdem der erste Schöffe gewählt worden ist, wird der folgende gewählt, wobei die oben angeführten Vorschriften immer eingehalten werden müssen. Nach Beendigung der Wahlen sammelt der Vorsitzende alle gültigen und ungültigen Zettel, die für die Wahl des Schulzen und jedes einzelnen Schöffen abgegeben wurden, und legt sie in getrennte Umschläge hinein, auf denen er eine entsprechende Aufschrift anbringt, z. B. „Zettel für die Wahl des Schulzen“, „Zettel für die Wahl des Schöffen“ usw. Diese Aufschriften bewahrt der Vorsitzende mitsamt dem Wahlprotokoll auf.

Einsprüche gegen die Wahlen sind zulässig und innerhalb 14 Tagen vom Wahltag zu Händen des Schulzen einzulegen. (Bei den ersten Wahlen zu Händen des Wahlkommissars.) Im Falle der Nichteinlegung eines Einspruches gegen die Wahlen innerhalb dieser Frist sind die Wahlen rechtmäßig.

Der Vorsitzende der Wahlkommission hat das Recht und die Pflicht der Aufrechterhaltung der Ordnung im Wahllokal und der Sorge dafür, daß während der Wahlen im Wahllokal keine Wahlzettel verteilt und keine Ansprachen gehalten werden, sowie daß keine Agitation betrieben wird.

Nach Beendigung der Wahlen sendet der Vorsitzende der Wahlkommission alle Wahlunterlagen an den Distriktskommissar resp. an den Amtsverwalter, der sie dem Starosten einsendet.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 24. Januar.

Bedenklische Forderungen Posener Hausbesitzer.

Das „Posener Tageblatt“ hat schon wiederholt auf die unheimlichen Zustände hingewiesen, die durch das Fehlen eines den gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen recht widersprechenden Wertesatzes an Stelle des längst veralteten vom 18. 12. 1920 auf dem Gebiete des Posener Wohnungswesens vorgegriffen haben. Wir haben uns bei diesen Auseinandersetzungen redlich bemüht, zur Verständigung zwischen Hausbesitzern und Mietern beizutragen, indem wir die berechtigten Wünsche der ersten voll anerkannt haben, dagegen jedem über das Ziel hinausreichenden entgegentreten und damit wieder die berechtigten Wünsche der Mieter verteidigt haben, daß wir mit unserem ehrlichen Vertrauen, uns größter Objektivität zu bestreiten, den Widerpruch dieses oder jenes Haushaltsherrn hervorgerufen haben, dessen sind wir uns wohl bewußt. Es ist eben immer ein mißliches Ding, sich in einer Kontroverse zwischen den beiden stfeitenden Parteien zu stellen. Aber wir tösten uns mit dem alten guten Sprichwort: „Jedermann recht getan ist eine Kunst, die niemand kann.“ Und auf der anderen Seite steht uns das Bruttochein, daß es nicht nur das gute Recht, sondern vielleicht sogar die Pflicht der Presse ist, zu einer so stark die Allgemeinheit beschäftigenden Frage, wie die der Wohnungsmieten, das Wort zu ergreifen und beide Parteien zum Frieden zu mahnen. Wir tun das auch heut wieder, wenn wir zu einigen Beschlüssen pp. der Hausbesitzerversammlung Stellung nehmen, über die wir in der Mittwochsausgabe berichtet haben.

Einmal durfte es allgemeines Kopfschütteln nicht nur in den Kreisen der Hypothekengläubiger erregen, daß der jetzige Zeitpunkt für angemessen erachtet wurde für die Abzahlung der Hypotheken, unter ausdrücklichem Hinweis auf den niedrigen Stand der deutschen Mark. Mit anderen Worten also: die ehemals in Gold ausgezahlte Hypothek soll jetzt in ganz niedrig stehender elender Papiermark aufgezahlt werden. Wir halten diesen Standpunkt für durchaus unberechtigt und vor dem Forum des Anstandes und der guten Sitten nicht haltbar. Denkt denn derjenige, der einen solchen wohlgeachten Rat erteilt, nicht daran, daß der Hypothekengläubiger so auf ganz schmähliche Weise um einen beträchtlichen Teil seines Vermögens gebracht wird? Vergegenwärtigt man sich weiter nicht die Tatsache, daß die Hypothekenrenten durch den Fall der deutschen Mark ohnehin schon in ihrer Mehrzahl an den Beizelstad gebracht sind und in dieser Zeit der wahnsinnigen Teuerung nicht mehr ein und aus wissen? Der Hausbesitzer wird uns das nicht vergessen, daß er ohne die Gewährung von Hypotheken f. St. meist gar nicht in der Lage gewesen wäre, ein Grundstück zu erwerben. Und dieses Grundstück, das er f. St. für angenommen 30 bis 400 000 Mark erstanden hat, bezügt heut in der Stadt Posen in den meisten Fällen einen Wert von 30–50 Millionen in polnischer M. Der Hypothekengläubiger aber, der seine Hypothek von angenommen 100 000 M. in Gold hergegeben hat, soll jetzt mit rd. 200 000 M. in deutscher Papiermark abgeschafft werden? Wo bleibt da die Gerechtigkeit, die man doch bei jedem anständigen Menschen voraussetzen muß?

Ein zweiter Punkt, der als Beschluß der Hausbesitzerversammlung der Einräumung bezw. des Widerpruchs bedarf, ist die im zweiten Absatz der Entschließung geforderte Mietnorm nach dem Verhältnis der Getreidepreise für das neue Mieterschutzgesetz. Will diese Forderung besagen, daß man heut genau soviel Rentner Roggen für eine Wohnung bezahlen soll wie 1914, so muß dem mit aller Entschiedenheit widerprochen werden, denn für eine derartige Mietnormierung fehlend wahrhaft noch alle Voranzeigungen. Man vergegenwärtige sich nur einmal, daß man 1914 für eine Dreizimmerwohnung in Posen monatlich 48 bis 51 M. d. h. bei dem Roggenpreise von 6 M. für den Br. 8–9 Br. Roggen zu zahlen hatte. Heute müßte man nach dem Roggenpreise vom 22. Januar 1923 (39 000–41 000 M. der Br.) für dieselbe Wohnung monatlich 282 000 bis 369 000 M. bezahlen. Es bedarf wohl nicht erst eines Beweises, daß

einiger Sterblicher in der Lage ist, eine derartige Miete zu zahlen. Vorauseitung der Getreidepreise müßte das Getreideeinkommen sein. Ist man, ber 1914 eine Monatseinnahme von 350–400 M. d. h. von 58–62 Br. Roggen hatte, müßte dann heute eine Monatseinnahme von 2,262 000 bis 2,542 000 M. haben. Daraus sind wir denn doch — Gott sei Dank! — noch recht weit entfernt, und hoffentlich kommt niemals die Zeit, in der der Durchschnittsmieter über solche Einkommen verfügt. Denn das wäre der völlige Ruin für den Haushalter und den Mieterstand.

An die ehemaligen Landwirtschaftsschüler von Samter.

Verschiedenen Anregungen folgend, bemühen sich einige ehemalige Landwirtschaftsschüler Samter um das Zusammenkommen einer Zusammenkunft der alten Landwirtschaftsschüler. Viele von ihnen wohnen noch in Posen oder Pommerellen, und die würden es sicher mit Freuden begrüßen, sich einmal wieder mit den alten Klassegenossen unterhalten und ausplaudern zu können. Wir wollen deshalb die in den letzten Jahren gerissenen Verbindungen wieder knüpfen und die alten Beziehungen pflegen und lebendig erhalten. Wer sich noch auf die Seiten besinnt, der beim „Bull“ Chemie lernte und beim „August, mein Gott“ hinter die Geheimnisse der Geschichte kam, der wolle seine Anschrift an die Adresse des Unterzeichneten senden und gleichzeitig in dem Schreiben bemerken, welcher Ort für die Zusammenkunft am günstigsten wäre.

Anfragen werden erbeten an Dr. Reiners, Posen, ul. Zwierzyniecka 18 II (fr. Tiergartenstraße) beim Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Eine Warnung an deutsche Mädchen.

Ein ganz besonderer trauriger Fall aus unserem eigenen Gebiet veranlaßt uns zur Wiedergabe folgender Warnung für deutsche Mädchen:

Vielleicht hört man in letzter Zeit von Agenten, die deutsche Mädchen in Polen als Wirtschaftierinnen, Hausmädchen, Kinderträume, Erzieherinnen usw. nach Amerika anwerben. Sie versprechen ihnen goldene Berge, vermitteln auch oft den Briefwechsel mit der zukünftigen Herrschaft, besorgen die Fahrtkarten, lügen machen es den Mädchen so leicht und bequem wie möglich. Natürlich finden sich immer wieder Mädchen bereit, darauf einzugehen, ohne sich näher zu erkundigen — wo sollten sie das auch tun? Dann reist solch ein Mädchen ab, hinterläßt die ihr vom Agenten angegebene, oft sehr ungenaue Anschrift ihres zukünftigen Wohnortes in Amerika. Oft wissen die Angehörigen nicht einmal, mit welchem Schiff das Mädchen fährt, oder wo sie ankommen soll — und sind auch fast nie in der Lage, nachzuprüfen, ob die Angaben stimmen. Und dann hört man nie, nie wieder etwas von den Mädchen. —

Deutsche Mädchen laßt euch warnen! Die Erfahrung früherer Zeiten hat gelehrt, daß solche Agenten oft Schwindler sind, und daß sich nichts von allem bewährt, was sie euch erzählen. Nur zu oft sind Mädchen, die auf solche Anzeigen oder Versprechungen hin losgereist sind, trocken später verschwunden, jedenfalls sind sie niemals in den angegebenen Orten Amerikas angekommen. Oder sie haben es drüben völlig anders angetroffen, als angegeben war, sind im günstigsten Falle sehr schlecht behandelt worden, haben, da sie kein Geld zur Rückreise hatten, sehr schwer arbeiten müssen, um durchzukommen. Sie waren, da sie drüben niemand kannten, hilflos ihrem Schicksal preisgegeben und sind allmählich ganz tief gefallen oder elend verkommen. So war es in Tausenden von Fällen, und so wird es immer wieder sein, wenn ihr, ohne euch genau zu erkundigen, ins Ungewisse hineingeht.

Lasst euch sagen, daß ihr in kein fremdes Land gehen dürft, ohne euch ganz genau an zuverlässiger Stelle nach den Leuten zu erkundigen, zu denen ihr gehen wollt. Die Möglichkeiten dazu gibt es wohl. Seit Jahren schon besteht ein „Weltbund der christlichen Jungmädchenvereine“, dessen Organisationen aller Länder miteinander in Verbindung stehen, und die alle bereit sind, euch zu helfen und zu beraten, wenn ihr im fremden Lande ankommt. Sie schicken euch jemand ans Schiff, sie geben euch Quartier, sie ziehen Erklärungen ein über die Menschen, zu denen ihr wollt, und sie beraten euch auch späterhin und helfen euch weiter. Es sind dadurch schon viele junge Mädchen vor dem Verderben und dem Untergang bewahrt geblieben. Dieser Weltbund hat Vertreterinnen in allen Ländern und hilft jedem Mädchen, ganz gleich welcher Konfession und welchen Standes.

Wer also die Absicht hat, in ein fremdes Land zu gehen, wende sich mit eingeschriebenem Brief an den Evangelischen Verband für die evangelische Jugend in Posen, Alej Marcinkowskiego 26 (fr. Wilhelmstraße) mit genauer Angabe, durch wen eine Stelle im Ausland nachgewiesen bekommen hat, und bei wem. Dann wird es allerdings ein Weilchen dauern, bis die angeforderten Nachforschungen fertig sind. Wenn ihr aber einen so folgsamen Schrift unternehmt, müßt ihr euch Zeit lassen, und im Auslande wird es auch jeder ehrlich meinende Mensch verstehen, wenn man sich erst erkundigt. Wenn ihr es aber auf diese Weise macht, werdet ihr stets ganz sicher gehen und eure Eltern dürfen euch dann auch ruhigen Herzens ziehen lassen, wenn ihr durch die genannte Stelle eine gute Auskunft bekommen habt. Dann wird auf der Reise für euch gesorgt, und ihr werdet drüben in Amerika oder wo sonst immer es ist, von treuen deutschen oder anderen Freunden in Empfang genommen und sicher weitergeleitet, und ihr werdet in jeder Not Rat und Hilfe finden, wo immer ihr auch sein möget.

J. v. Q.

Die Abholzungen der Wälder

betrifft eine auch die breitere Öffentlichkeit interessierende Bekanntmachung des Starösten des Kreises Kartaus, in der es heißt:

Gebe bekannt, daß zur Ausfuhr gefällten Holzes keine Erlaubnis erforderlich ist; die vom Herrn Wojewoden eingeholende Erlaubnis bezieht sich nur auf das Abholzen der Waldungen. Die Waldbesitzer warne ich vor dem Verkauf ihrer Wälder. Viele kommen zu mir und bitten, die nachgestufte Erlaubniserteilung zu versagen. Den Antrag auf Erlaubnis zum Abholzen kann nur der Besitzer des Waldes stellen und nicht der Käufer. Die Verantwortlichkeit für ein Abholzen ohne die erforderliche Genehmigung trägt stets der Besitzer des Waldes und nicht der Käufer oder andere Personen. Ich warne daher vor der Übernahme der Verpflichtung, die Abholzungsenehmigung dem Käufer zu beschaffen, da diese aus besondren Gründen verlangt werden kann. In einem solchen Falle würde sich der Besitzer der Nutzung seines eigenen Landes auf Jahre hinaus vergeben. In die etwa abzuschließenden Verträge ist die Klausel aufzunehmen, daß der Vertrag seine Gültigkeit verliert, sofern die erforderliche Genehmigung durch den Wojewoden nicht erteilt werden sollte.

wachsene Tochter des Hauses. Auf sie machte der „Herr Gerichtsdiener“ einen so tiefen Eindruck, daß sie, hauptsächlich um auch mehr Geld und sei daher wohl in der Lage, die Kautionssumme zu erhöhen. Sie holte dann aus einem Versteck 98 Dollar, 200 Franks und 170 000 M. polnisch hervor und händigte dieses Geld zusammen mit den ursprünglichen 200 000 M. dem „Herrn Gerichtsdiener“ aus. Dieser nahm das Geld mit diesem Tanz in Empfang und entfernte sich. Kurz vor Weihnachten erhielt er abermals bei der Frau. Diesmal war der Zweck seines Erhebens die Eröffnung des Geständnisses, doch sein Herz in Liebe zu der Tochter entbrannte seit. Diese, die von gleichen Gefühlen zu dem gewandt auftretenden jungen Mann beeindruckt war, war über das Liebesgeständnis hochbeglückt, und beide festigten das Herzengesindnis durch die Verlobung. Das Liebespaar unternahm dann eine Verlobungsreise nach Posen und Bromberg, lehrte schließlich nach Słachcian zurück, und nach den Weihnachtseierlagen fuhr der glückliche Bräutigam nach Ostrowo, um nun überhaupt nichts mehr von sich hören zu lassen. Das beunruhigte natürlich die junge Braut so sehr, daß sie schließlich kurz entschlossen nach Ostrowo fuhr, um hier zu erfahren, daß dort ein Gerichtsdiener dieses Namens überhaupt nicht existiere. In ihrer Bekümmerung wandte sie sich an die Ostrower Kriminalpolizei. Auf diese Weise bekam auch die Posener Kriminalpolizei von der Sache Kenntnis, diese ermittelte schließlich den Schwindler in Posen in dem 33 Jahre alten angeblichen Kaufmann Witzt Nowacki, der bereits verheiratet und Vater von vier Kindern ist. Das ganze Geld hat er nach seinem eigenen Geständnis teilweise auf der Vergnügungsreihe mit der Braut verjubelt. Einsteuern hat er Gelegenheit gefunden, im Untersuchungsgesangnis seinem kurzen Liebesglück nachzutrauern. Er hatte aus einem Wirtshausgespräch, daß er in Posen belauscht wurde, davon Kenntnis bekommen, daß die Frau in Słachcian im Besitz bedeutender Goldsummen war und hatte diese Kenntnis zur Ausübung des Schwundels benutzt.

Evangelisch-Lutherische Personalauskünfte. Berufen: der Pfarrer Heinrich aus Unin zum Pfarrer in Altbohnen, der Hilfsprediger Weiß aus Bielen zum Pfarrer in Oberschloß; der Pfarrer Melchior aus Lautenburg zum Pfarrer der Kirchengemeinde Thorn-Alst. Gestorben: der Pfarrer Stolzenburg in Wissel. Ordiniert: die Kandidaten des Pfarramts Gießel und Weiß.

X Krankenversicherungspflicht der Geistlichen. Nach einer Mitteilung des Okregowy Urzad Ubezpieczesa (Bezirks-Versicherungsamts) an das Evangelische Konsistorium unterliegen die Geistlichen der Versicherung gegen Krankheit auf Grund des polnischen Stadtgesetzes vom 29. Mai 1920. Gegen Ortskrankheiten, welche die Versicherung von Geistlichen überhaupt ablehnen oder bezüglich des Alters des zu Versichernden ungültige Verhältnisse machen, ist Beschwerde beim zuständigen Bezirks-Versicherungsamts in Posen oder in Thorn einzureichen.

Nochmals die Abschaffung der goldenen Kirchengeräte. Vor einiger Zeit forderte in einem Aufruf der Kardinal-Primas von Polen, Erzbischof Dr. Dalbor, die katholischen Kirchengemeinden auf, die goldenen und silbernen Kirchengeräte, der vielen Kirchendiebstähle wegen, durch Geräte aus anderem, minder wertvollem Metall bzw. Glas zu ersetzen. Wie die neuzeitlichen Kirchendiebstähle aber erweisen, hat man dieser Aufforderung bisher noch nicht in genügendem Umfange Folge geleistet. Der Kardinal-Primas bringt seinen Aufruf daher nochmals in Erinnerung und spricht die Erwartung aus, daß seine Anordnungen in Zukunft besser befolgt werden.

Zur Abbringung der Preistafeln in den Schaufenstern usw. nahm der Post- und Telegraphenbeamten-Verein in seiner letzten Versammlung eine Entschließung an, die u. a. besagt: „Die am 14. Januar 1923 versammelten Post- und Telegraphenbeamten fordern den Magistrat der Stadt Graudenz auf zu rücksichtsvoller Durchführung der Verordnung betr. die augenzwölfige Kennzeichnung der Preise bei allen Artikeln ohne Ausnahme, ganz gleich ob sie in den Schaufenstern oder innerhalb der Verkaufsställe oder auch auf offenen Bänken, Tischen, Wagen usw. ausgelegt sind. Die derzeitigen Erfahrungen lehren, daß der größere Teil der Kaufleute und Händler die zu diesem Zwecke wiederholt erlassene Verordnung nicht beachtet.“ — Die dieser Entschließung zugrunde liegenden Tatsachen treffen fast uneingeschränkt auf die Verhältnisse in Posen zu.

Die außerordentliche Generalsammlung der Historischen Gesellschaft, auf die schon einmal hingewiesen wurde, findet am Dienstag, dem 6. Februar, abends 8 Uhr in der Deutschen Bucherei (Adressnummer 1) statt. Die Tagesordnung des geschäftlichen Teiles lautet: 1. Mitgliedsbeiträge, 2. Neue Veröffentlichungen, 3. Kassenbericht. — Nach dem geschäftlichen Teil wird Herr Dr. Loewenthal einen Vortrag halten über „Polens Geschichte im Spiegel der polnischen Dichtung“.

Im Großen Theater wird „Strauß - Ledermaus“ heute, am Mittwoch, zum ersten Male aufgeführt und am Freitag zum ersten Male wiederholt. Die Hauptrollen sind mit den Damen Fontanowska, Leniewska, Baranowska und den Herren Malawski, Popiel, Nemejko, Tarnawski besetzt. Musikalische Leitung: Direktor Sternich. Einleitung: Czaplewski und Tarnawski. — Sonnabend: am Nachmittag „Hönkel und Greifel“ (alte Preise), am Abend: „Einführung aus dem Serial“ (Gastspiel Jadwiga Debicka). Sonntag nachmittag: „Der Marschall“ mit Herrn Wolski in der Rolle des Grafen. (Erhöhte Preise). — Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von Görski (Hotel Monopol).

X Verhaftung von Dieben. Gestern abend wurde Wladislaus Wenda aus Wimark dabei überrascht, als er am Bahnhofe Serbedamm eine unter der Eisenbahnbrücke befindliche Blechrinne stahl. Ferner wurde gestern in der Nähe des Domes ein Mann namens Soszynski festgenommen der auf einem Wagen 8 Kinder eines Blech war, das er bei einer niedergebrannten militärischen Baracke gestohlen hatte. Endlich wurde auch gestern ein Mann namens Lipper aus Breslau festgenommen als er in einem Antikengeschäft in der sw. Marcin (str. St. Martinus), 55 kg Wolle verkaufen wollte, die er in Breslau gekauft hatte.

X Beischlagnahme Diebebente. Einem Manne wurden folgende offenbar gehobene überneue Sachen abgenommen: 10 Talerstück mit den Buchstaben R. V. eine Sadel M. R. R. und ein silbernes Messer.

Die Sachen können im 6. Woznezevic in der ul. Franciszka Skarzyńska (nr. 11, Unterstr.) beschafft werden.

X Klosettähren im Werte von 30 000 M. wurden gestern aus der öffentlichen Bedürfnisanstalt in der ul. Schwertstraße (Schiffersstraße) gestohlen.

X Ein Millionendiebstahl wurde gestern in einer Wohnung der ul. Kantaka 2 (fr. Bismarckstraße) verübt. Gestohlen wurden 120 000 M. barres Geld, eine goldene Herrenuhr mit Kette und zwei goldene Ringe im Gesamtwerte von 1200 000 M.

sch. Maliszew, 22. Januar. Ein äußerst harmonisch verlaufenes Wintervergnügen veranstaltete der hiesige Bauernverein im Blücherischen Saale unter außerordentlich starker Beteiligung der Mitglieder. Nach einem sehr finanziellen Versprechen einer jungen Dame begrüßte der Geschäftsführer Behrauch-Wollstein die zahlreichen Gäste, mahlte dazu, auch in vielen schwierigen Seiten den Mut nicht sinken zu lassen, sondern die weltbekannte deutsche Arbeitslust auch fernher hinzuhalten und sie auch der Organisation zugute kommen zu lassen. Darauf folgten mehrere von den einzelnen Ortsgruppen aufgeführt, selt gezielte Einakter, die oft genug die Lachmuskeln in Bewegung setzten. Die Glückwünsche des Hauptvereins überbrachte Herr Schmelzle am Sandau, der bei der Fülle des Gebrauchs seinen Nachbrotz leider nicht halten konnte. Er forderte nochmals zur Einigkeit auf und stattete allen Mitwirkenden und dem Vorstande den Dank für ihre Bemühungen ab, der in einem begeisterter aufgenommenen Hoch ausklang. Nach einigen Tanzstunden fand darauf eine Verlosung von gesetzten Gegenständen und aus gesetztem Mehl gebackener Kuchen und einer amerikanischen Getreidegerbung statt. Darauf trat der Tanz in seine Rechte, dem sich alt und jung bis in die frühen Morgenstunden hingab, noch oft unterbrochen von lustig vorgebrachten Coupletts. Von dem Weinertanz des Festes, das so recht bewies, was ein wirklich tüchtiger Bauernverein zu bieten vermag, wurden 35 000 Mark an die deutsche Altershilfe überwiesen.

S. Rogasen, 23. Januar. An der vergangenen Nacht wurde der Pfarrer Matzke von Einbrechern heimgesucht. Diese stahlen den Stall der beruhigten Romorwohnung und schlachteten an Ort und Stelle das dem Pfarrer gehörige Schwein ab. Die Einwohner und sonstigen innen Organe liegen liegen. Die Tiere, die mit den örtlichen Verhältnissen offenbar gut vertraut waren, stahlen außerdem 16 weitere Hühner.

p. Thorn 24. Januar. In Bezonowo wurden ein Dynamotor der Firma Siemens u. Schuckert, ein Treibriemen 14,60 Meter lang, 28 Centimeter breit, und ein Treibriemen von 5,30 Meter Länge und 11 Centimeter Breite im Gesamtwerte von drei Millionen Mark geklauten.

Handel, Gewerbe und Verkehr

Kurie der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Wertpapiere und Obligationen: 22. Januar 23. Januar

Progr. Staatl. - Staatsamt. (Willownowka) 170 + —

Bankaktien:

Panz Centralbank I.-III. Em. 1500 + N

Bank Dytk. Hindroje-Gdański Em. 625 + N

Stettiner, Potocki i. Sta. 2450-2500 + N

Bank Bonnarski 500 + N

Bank Bremensche (eg. Bausf.) 12 0 + A

Bank zw. Spittel Barot. I.-X. Em. 1600-1700 + N

Bolski Bank Handlowy, Poznań 2100-2500 + N

Pozn. Bank Niemiecki I.-IV. Em. 800-850 + A

Wielop. Bank Polnische I.-IV. Em. 800-850 + A

Bank Włosz. 450-500 + A

Industrieaktien:

Acrona 2350-2900 + A

Hydroelektryka Wielkopolska 910-955 + A

W. Bartoszowski (eg. Kup.) 1800-1550 + N

Browar Krotoński (eg. Kup.) — 25000 +

Bryzski Auto I.-II. Em. 1100-1300 + N

H. Legielski I.-VIII. Em. 860-9150 + N

Centrala Rolnicza I.-V. Em. 600-775 + N

Centrala Stol. 3400-3900 + A

Dekonto 2600 + N

E. Hartwig I.-V. Em. (eg. Kup.) 1900-1950 + N

Hartwig Antonowicz 700 + A

Horniański I.-III. Em. 1500 + N

Hurtownia Drogerii 475 + A

Hurtownia Firma Koma 430-420 + A

Hurtonia Stoł. I.-II. Em. 1000 + A

Herzfeld-Biskupin 480-1200 + A

Auno 1300-1400 + A

Karma 2700 + N

Guban. Fabryka pięciu. ziemi 600-15500 + N

Dr. Roman Kav. 1800-14500 + A

Mlyn Kartal. Wajrow. I.-II. Em. 3300-3500 + N

Mlyn Biemacki 2300-26000 + A

Orient 2400 + N

Włodz. 781-825 + A

Włodz. 1300-1375 + A

Włodz. 2700 + A

Wart 1810-1850 + N

Wojciechow. 5800-5400 + N

Zbroj. Stol. 2300-2500 + N

Zbroj. Stol. 400-4100 + N

Zbroj. Stol. 8100 + A

Złotnica I.-II. Em. 1850-1750 + A

Złotnica 930 + N

„Unia“ (früher Benkli) I. u. II. Em. 5100-5350 + N

Wagon Dzirrovo 2300 + A

Wiska Hydroelektryka 15000 + N

Wisko 100 + A

Wolinowicza Chemiejska I.-III. Em. 1500-1900 + A

Zar. I. u. II. Em. 15000 + N

Zyd. rowary Grodziskie 450-4950 + A

Zyd. rowary Grodziskie 4900-4875 + N

Balutens und Devisen:

Auszahlung Berlin 140-145. Umlauf: 28 600 000 dtsc. Mark.

Dollar der Vereinigten Staaten 29 500. Franz. Franks 1800. Holl.

Gulden 12 100.

A. Ankauf N. Nachfrage. + = Umlauf.

= Ausfuhr aus Polen. Das polnische Haupt-Ein- und Ausfuhramt hat beschlossen, bis zur Festlegung von Ausfuhrkontingenzen für Gerstenkleie Ausfuhrgenehmigungen für 800 Waggon-Gerstenkleie auf Konto des zu bewilligenden Kontingents zu erteilen. Ausfuhrgenehmigungen auf Gerstenkleie müssen große Mühsal, deren Produktion mindestens 50 Tonnen monatlich beträgt, und Handelsfirmen erhalten, wenn sie Ursprungszertifikate vorlegen.

= Eine Maßnahmenkredit für Handwerkerinnungen in Polen. Nach „Biadomski Kralomie“ wird das Ministerium für Industrie und Handel den Handwerkerinnungen einen Kredit von 1 Milliarde polnische Mark gewähren. Dieser Kredit soll den Mitgliedern der Innungen zum Anlaß von Rohstoffen und Handelszeugen dienen, für die die Handwerker durch den Kauf von einzelnen Mengen bei Vermittlern größere Summen zahlen müssen als die Großindustrie. Der Anlauf durch die Innungen im großen wird unser Handwerk großen Nutzen bringen.

= Bekämpfung der Verfälschung von Waren ins Ausland. Wie der „Brzegi. Wicek“ erfährt, hat eine Konferenz der interessierten Ministerien beschlossen, zur Bekämpfung der ungesetzlich ausgewiesenen Kommissionen zu kommen, von denen einer nach Danzig zu reisen hat während die andere die übrigen Gewerbe ausspielt. Die Kommissionen haben innerhalb eines Monats nach ihrem Auftritt Bericht über ihre Tätigkeit vorzulegen. Sie werden in diesen Tagen gebildet werden und beginnen ihre Tätigkeit sofort. Sie setzen sich aus Mitgliedern des Haupt-Ein- und Ausfuhramtes, des Finanz-, Handels- und Außenministeriums zusammen.

Amtliche Notizen der Posener Börse vom 24. Januar 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verleihen sich für 100 kg. der vorrigen Waggon-Gerstenkleie.)

Weizen	85 000-90 000	Beizenkleie	46 000
Noggen	78 000-82 000	Rogenkleie	46 000
Braunerste	60 000-64 000	Reis	85 000-90 000
Häfer	60 000-63 000	Reis	110 000-120 000
Weizenmehl	135 000-145 000	Zerdella	120 000-140 000
Noggenmehl	12 000-126 000	Buchweizen	50 000-55 000
(inkl. Süde)		Frischkartoffeln	—

Situation fortgesetzt rubio. — Stimmen: schwächer.

Posener Börsenmarkt vom 24. Januar 1923.

(ine Gewähr.)

Es wurden geahnt 100 Kugelgramm Gehendgedächtnis.

I. Rinder: Färsen und Rinder: I. Sorte 250 000-280 000 M.
I. Sorte 210 000-